

Weltzeitung



Weltzeitung

15 Pfennig
(150 Mitarbeiter)

Geogrübelt

1704

Mit
Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeithelden“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Fundament, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Recht und Leben, Turnen — Sport, Spiel, Für Reise und Wandlung.

Wöchentlich 120 Goldmark durch unsere Boten, Bezugs durch die Post 620 Goldmark. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark: Num-Zeile 25 Pfennig, Familien-Anzeigen Num-Zeile 15 Pfennig, Kleinanzeigen Num-Zeile 10 Pfennig.

Verlag Ullstein: Chefredakteur: Georg Bernhard, Vossow, Redakteur (m. Anz.) Handeltreib.: Carl Haack, Berlin, Ullstein, Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Verlagsdruck: Zentrale Ullstein, Am Dönhofs 8600 - 8508, für den Verlagsvertrieb: Am Dönhofs 9208-9205, Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin, Postfachnummer Berlin 694.

Macdonalds Konferenzplan.

Fühlungsnahme mit Paris.

Nachrichtendienst der „Wolffischen Zeitung“.

von London, 4. Februar.

Das englische Kabinett hat heute nachmittags die Vorschläge der Ministerien zur Aufhebung der Arbeitslosigkeit und der Wohnungsnot besprochen. Macdonald hat über die von ihm geplante internationale Konferenz zur Behandlung der europäischen Probleme Bericht erstattet, nachdem er heute im Laufe des Tages Gelegenheit hatte, mit dem aus Paris eingetroffenen britischen Botschafter über die Aufnahme der englischen Konferenzpläne durch die französische Regierung Rücksprache zu nehmen.

Der „Evening Standard“ berichtet, daß der englische Botschafter französische Anträgen für den Zeitpunkt, Zusammenkunft und das Programm der Konferenz überbringt haben soll. Das Blatt bestreitet meine Meldung, wonach die englische Regierung die Frage der internationalen Schuldeneinlage, die Frage der Währungs- und Goldfrage der internationalen Europa-Konferenz in einer inneren Zusammenkunft zu bringen mit den Abmachungen und Beschlüssen der bevorstehenden englisch-türkischen Konferenz.

Der Minister für Indien, Sir Sidney Dillist, der Minister für Landwirtschaft, Simpson, und der Interkontinentalminister für die Kolonien, Sidney Arnolds, sind unter Verlesung des Verei-Büchle in das Oberhaus berufen worden. Die Regierung vertritt zuerst vier fünf Minister und einen Interkontinentalminister, die im Oberhaus das Kabinett vertreten können.

Poincarés Kampf um die Ermächtigung.

Nachrichtendienst der „Wolffischen Zeitung“.

von Paris, 4. Februar.

Die Kammer begann heute nachmittags mit Spannung erwarteter Debatte über den ersten Artikel der Finanzvorlage, der für die Regierung Ermächtigung verleiht, auf dem Verordnungswege die Ausführung der Finanzmaßnahme notwendig gemachte Reform der Staatsbedürfnisse durchzuführen.

Der Kommunist Ernest Lafont beantragte als erster Redner die Auslegung des Artikels, fu weiter in Widerspruch zur Verfassung. Lafont verweist in längeren französischsprachigen Darlegungen nachgewiesen, daß die beantragte Ermächtigung von der Art ist, die dem Staat die Befugnis gibt, die über den Staat zu erheben, im Jahre 1916 für den Reichstag ein demotokratisches Parlament verweigert worden, bemerkt Poincaré, die damalige Regierungsgewalt habe ebenfalls Ermächtigung und Strafmaßnahmen vorgehoben. (Zuruf des Reichstages, und so etwas werden Sie nicht tun!) Poincaré: „Wenn Sie sich an den verantwortlichen Minister, Herr Briand, wenden — Sie werden in der Verantwortung stehen, aber Sie werden sehen, dass die Verantwortlichen an der Verantwortung sind.“

Poincaré verlangt unter Einleitung der Vertrauensfrage, daß der Antrag Lafont nicht in Ermüdung gezogen wird. (Beifall rechts und in der Mitte.) Lafont gibt die Erklärung ab, er habe keinen Antrag nach dem verfassungsmäßigen Charakter der Vorlage beabsichtigt. Er liehe seinen Antrag nur durch die Zustimmung der Kammer zu machen, die über den Artikel sprechen wollen, um ihn zu bekämpfen.

Der Sozialist Paul Boncour beantragt, durch Annahme des ersten Artikels von Art. 1 zu befinden, daß die Kammer Ermächtigung erteilt (Beifall), dann aber den zweiten Absatz über die Verantwortlichkeit abzuschließen, um dadurch zu verhindern, daß die Kammer die Ermächtigung selbst durchzuführen und der Regierung keine verfassungsmäßige Vollmacht zuerkennt will. (Beifall links.)

Er ruft Poincaré zu: „Es würde Ihnen nicht möglich sein, einen Präzedenzfall an der Seite der Republik anzuführen.“ Der Reichstagspräsident ist heute nachmittags nicht in Erscheinung getreten, nach der Mitteilung zu hören, Herr Poincaré nicht durch diplomatische Hilfe behindert wurde, würde er vermutlich durch die „Kameralen-Gesetze“ erteilen, die über die Reparationen beruhen. (Schweigerischer Beifall auf der äußeren Bank und Beifall der Opposition links.) — Lafont: „Es ist die Bestreitung der Opposition, die die Regierung von den fremden Regierungen trennt.“ (Beifall rechts und in der Mitte.) — Zuruf des Reichstagspräsidenten: „Der Reichstag ist hier in der Kammer.“ (Lärm, Zuruf: „Nimm, nimm.“)

Paul Boncour antwortet auf die Bemerkung Poincarés: „Zeit der russischen Revolution ist die Gewohnheit, fremde Regierungen

mit Achtung zu behandeln, im französischen Parlament längst etwas abgenommen.“ (Bezeugung.)

Paul Boncour fährt fort: Ein Regime könnte sich nicht dadurch verteidigen, daß es von seinen Feindern etwas aufhöre. Die Sonntagsblätter Zeitung schreibt: „In der französischen Bemerkung, in gewisser Weise eine Autokratie, die in der Vergangenheit.“ (Geheißer) Er werde in Erinnerung an den 18. Brumaire und an den 2. Dezember 1851 für Poincaré stimmen. (Zuruf: Poincaré links.) Poincaré bemerkt, der Gemeinliche Standel gegen den Zeitungsdirektor zu dieser Zeitbenennung verlangt zu haben.

Stimmen von der Bank verlangen den öffentlichen Antrag der Rede Paul Boncour. Der Kammerpräsident bemerkt, daß der Antrag einer Rede erst in der nächsten Sitzung beantragt werden könne.

Der frühere Kriegsminister Poincaré, der in allen internationalen Fragen an der Spitze der Arbeit steht, befragt den Regierungskammer. Er beginnt mit der Erklärung, daß er sich in der Vollmachtfrage zu seinem Verhalten von Poincaré trennen will, obgleich er diesen noch für einen idealen Ministerpräsidenten halte. Er würde jedoch gegen seine Pflicht als Volksvertreter verstoßen, wenn er der Regierung erlauben wollte, ohne Zustimmung des Parlaments die französische Verwaltung zu reorganisieren. (Beifall links.)

Der Finanzminister vom 14. Januar rechtfertigt nicht neue Steuern in Höhe von 6 Milliarden und ein Ansehen der Bevölkerung. Man müßte reichlich abgeben, aber man dem Lande neue Opfer auferlegen. Poincaré: „Nicht, nicht, nicht.“

Poincaré: „Das habe ich nicht gesagt. Ich habe lediglich erklärt, daß diese Abgeordneten sich nicht als Anhänger der Regierung bezeichnen dürfen.“

Reformer fährt fort: Die Regierung verweist darauf, daß der Finanzminister kein der Vorlage folgen wird. Wie würde die Lage aber sein, wenn der Finanzminister nicht?

Deutschland habe alles Interesse daran, sich mit eigenen Mitteln einen weiteren Finanzkrieg herbeizuführen. (Zuruf: Poincaré bemerkt, er habe den „Reform“, daß die von der Regierung beantragten Maßnahmen einen weiteren Finanzkrieg auslösen.)

Reformer bietet Poincaré zum Schluß, die Vorlage zurückzulegen, wenn sie trotz der Gunst der Regierung und damit den Zusammenbruch der ganzen Politik Poincaré herbeizuführen. (Beifall.) Die Debatte wird am Dienstag nachmittags fortgesetzt.

Die Währungsfrage.

Der Erste Untersuchungs- des Domes-Kommisses will heute vorzeitig die Sitzung über die Währungsfrage ab, an der Reichstagsminister Dr. Luther und Reichsbankpräsident Dr. Schäfers teilgenommen. Der Untersuchungs- hat Budgetfragen für morgen den Staatssekretär des Reichsfinanzministeriums Schöberl, den Ministerialdirektor Poppi aus demselben Ministerium und den Vorsitzenden der Kriegsausschusskommission Fischer zu einer Besprechung geladen.

Neue Ruhrreise Letkas.

Nachrichtendienst der „Wolffischen Zeitung“.

von Bonn, 4. Februar.

Montignone Letka, der seit einigen Wochen hier zur Behandlung weilt, und dessen Wirksamkeit im Ruhrgebiet den vollen Erfolg des Papstes gefunden hat, ist gestern abend wieder ins Ruhrgebiet abgereist.

Bayerische Wahlaufrufe.

Nachrichtendienst der „Wolffischen Zeitung“.

in München, 4. Februar.

Die Bayerische Volkspartei, die Bayerische Mittelpartei, die Deutsche Volkspartei, die Nationalen Landessocietät, der Bauernbund, Bayern und Reich, der Bürgerpartei München, verschiedene Laubbüchle und andere Organisationen in München haben sich über eine gemeinsame Durchführung des laufenden Volksaufgebens geeinigt und veröffentlicht heute einen Aufruf, der als gemeinsames Ziel der unterzeichneten Parteien und Verbände die Schaffung eines Staatspräsidenten, die Schaffung der oberen Kammer, die Einführung des § 2 der bayerischen Verfassung und die Erleichterung der Durchführung von Volksabstimmungen fordert. Auch der Reichstagsminister München der ehemaligen Eisenbahnervereinigungen einen besonderen Aufruf, der das Volksabstimmungsrecht

Frankreichs Wirtschaftler.

von
Dr. Richard Kohnen.

* Paris, Ende Januar.

Der dem Kriege ergriffene Markt hat mit allerer Mannen des Geschäftigen von den Deutschen, dem Engländer und dem Polen, die eine Verbindung über das Leben der Vienen schließen wollten, wobei das Maßstab war: Der Engländer (Schick) über die Vienen und die Westbank, der Deutsche über die Vienen und die Westbank und der Pole über die Vienen und die polnische Frage. Aufwachen haben die Deutschen mehr und mehr die Gewohnheit des Polen angenommen. Nicht magt geglaubt, und Sorgen bereiten den Geschäftlichen. Das Wohlstandsgesetz ist ungenügend geworden, und wir haben eine Reihe internationaler Dingen zugekauft. Wir haben uns daran gewöhnt, Politik als ein Gemenge aus Zahlen, Scherereien und Abschlüssen anzusehen und die Politiker als eine Menschenanbahnung zu betrachten, die aus jeder Richtung Befehl bekämpfenden Berufsständchen besteht.

Aber dann kommt man über die Berufsstände und sieht, daß sich mit den drei Sozialpartnern: wie teuer ist bei dem Staat, wie steht es mit den Streiks, und wer ist unser Stimmgeber, nicht geht hin. Auch in Frankreich nehmen die wirtschaftlichen Parteien heute einer sehr großen politischen Raum ein als früher. Aber sie bezeichnen nicht das Land, was sich die Vienen, und die Reparationsfrage überließ hinein, aber sie gibt nicht den Ausschlag. Man vergißt in Frankreich zu oft, daß Frankreich auch heute noch in erster Linie ein agrarisches Land ist. Ein Land, was mit industriellen Mitteln, in dem aber noch immer mehr Agraristen in der Landwirtschaft beschäftigt sind als in der Industrie. Die Landwirtschaft spielt sich auch in der Politik wieder. Die Landwirtschaftlichen Interessen sind in Frankreich immer noch ein gewisses Maß in der Politik der Debatte. Man behält sich die Rechte der Empfehlung, denn die Deputierte und jeder Minister weiß, daß gegen das große Land nicht regiert werden kann. Die agrarischen Verbände, die die weltweite Société des agriculteurs stellen eine Organisation der Wirtschaftler, wenn sie auch nicht die Geschäftlichen und den Einfluß auf bestimmte Parteien haben wie etwa der Reichslandbau. Eine differenz nicht reden nicht zu unermäßig in die hohe Politik hinein — das wäre in dem Maße der Abdotationspolitik unmöglich —, aber man weiß in Paris, daß man es nicht mit ihnen verderben darf.

Auch die Industrie hat keine Organisation, die sich an die Bedeutung mit dem Reichsverband der deutschen Industrie messen kann. Das ist eine Zeit, die die Industrie so oft genannte „Comité des Forces“ kann nicht einmal als Repräsentant der französischen Gewerbe-Industrie gelten. Es vertritt im wesentlichen nur den Eisenmarkt der von der Reichs-Gruppe beherrschten französischen Industrie, die in der Industrie, die in der Industrie-Gruppe, die ihren Schwerpunkt in Mittelfrankreich hat, absteht. Es gibt in der französischen Politik einflussreiche, aber es gibt keine beherrschenden Industriellen. Es gibt keinen Stimmgeber.

Auch Poincaré ist feiner. Der in Deutschland oft aufgeführte Vergleich zwischen dem beiden Kammern ist ganz abwegig. Aber liegt sich eine Reihe anderer Punkte und Maßnahmen zeigen. Auch Poincaré, von dem aus Ingenieure, aber kein Edele, sondern ein Selbstmännchen, gehört der weiterverarbeitenden Industrie an und steht an der Spitze des größten nordfranzösischen Metallfabrik-Konzerns. Ein Wirtschaftler mit politischen Interessen, ein Mann mit großen wirtschaftlichen Spezialkenntnissen. Aber weder hier noch dort der Führer. Ein Mann aus dem äußersten Norden, ein kalter, rechnerischer Mensch, ohne viel Allgemeinwissen. Sein regierender Mann nach dem Geistes der Finanzen.

Schlieflich die Finanz, die als traditionelle Macht in der französischen Politik. Aber die Finanz hat in den letzten Jahren durch den Verband der Großbanken oder der Privatbankiers anmacht, sondern die auf hundert Wegen in die Politik einbringenden meist. Freilich ist in der französischen Finanzwelt ein Mann, den man in den letzten Jahren mochte anders gesehen, und namentlich die enorme Verbindung zwischen Industrie und Großbanken erint an deutsche Verhältnisse. Auch den französischen Banken ist es in der Krieges- und Nachkriegszeit gegangen. Es haben zwar nicht, wie bei den Deutschen, die Wirtschaftspolitiker haben können, aber auch die Finanz hat sich größer gemacht. Zu dem alten Groß-Industrien, der Société générale, dem Credit Lyonnais, dem Comptoir National d'Escompte, hat sich als vierter Macht die Banque de Paris et des Pays-Bas gefügt, von der aus die wichtigsten Stellen der französischen Banken sind. Es ist die Banque für die Finanzierung der französischen Banken, die die Banque de Paris und die Banque de Mulhouse im besten Gebiet des ihre tun. Ihre Tochtergesellschaft, die Banque des Pays de l'Europe Centrale, bildet finanziell die Brücke zu den Dändern der kleinen Finanzen.

Aus dem Generalarchiv des Kaiserlichen Generalstabes.

Herausgegeben von der Kaiserlichen Generalstabesbibliothek, Copyright 1914 in Wien.

Tagebücher des russischen Außenministeriums vom 16. Juli bis 3. August 1914.

Dokumente des österreichisch-ungarischen (Krajin) Reichs.

Einer unserer Mitarbeiter, René Küpfer-Müller, hat in Moskau die Genehmigung erlangt, aus dem Krajin-Reich die Aufzeichnungen des russischen Außenministeriums des Russen aus dem kritischen Augen vor dem Ausbruch des Weltkrieges zur Veröffentlichung zu bringen. Die Tagebücher, mit deren Herausfinden wir heute beginnen, waren eine zur völligen Geheimhaltung bestimmte Darstellung, die Enthüllungen bringt, weit hinausgehend über die Veröffentlichungen des russischen Drangabuches, das in deutscher Sprache von Edward Bernstein herausgegeben wurde. Die Darstellung wirkt um so dramatischer, als hier in einer niemals für die Veröffentlichung bestimmten Form unter dem Eindruck der unmittelbaren Geschehnisse das persönliche Handeln des Zaren und aller unmittelbar vor Kriegsausbruch in Petersburg tätigen einheimischen und ausländischen Diplomaten geschildert wird, ferner sind die ebenso persönlichen geheimen täglichen Aufzeichnungen der russischen Vertreter in Berlin und Wien herausgegeben.

16. Juli.

Während der gefestigten Sitzung bei der Göttinger Konferenz fragte der italienische Botschafter den Baron von Schilling, was für eine Stellung Russland zu einer eventuellen Aktion Österreichs gegen Serbien einnehmen würde. Baron von Schilling antwortete ohne jedes Zögern, Russland werde einen österreichischen Aufruf auf die Unabhängigkeit und die Unabhängigkeit Serbiens nicht dulden. Marquis Gaxiot bemerkte, daß wenn die russische Regierung tatsächlich einen solchen Aufruf gefolgt habe, es angebracht wäre, eine unabweisbare Erklärung hierüber in Wien abzugeben, da es den Eindruck habe, daß Österreich im Besitze sei, gegenüber Serbien nicht wieder zuzugewinnen. Baron von Schilling antwortete, daß in der Unterredung der russischen Regierung, jedoch sich nicht aufzuklären werde, Serbien vollständig vor einem Angriff seitens Österreich-Ungarns zu schützen. Inzwischen, wenn man sich in Wien die Unmöglichkeit eines solchen Aufrufs nicht zu erklären hat, so würde man sich zuerst bei der Lösung einer zu erachtenden antirussischen Politik gründlich überlegen.

Baron Schilling sagte dem Botschafter, er könne keine Zusage ausdrücklich betreiben, daß nämlich Russland sich entschließen wird, eine Schwächung oder Vermittlung Serbiens entgegenzusetzen, und falls die Regierung des Botschafters über die Stimmung in Wien unzufrieden ist, es genügt die Aufgabe der Verbindungen Österreich-Ungarns wäre, jene Regierung über die Verbindungen, die ihre jegliche Politik in sich birgt, zu warnen, da — wobei ausdrücklich von Schilling — der russische Aufruf, Serbien unabhängig zu machen, nicht mehr bevorzugen ist.

Der Botschafter verpackte ein Telegramm in diesem Sinne nach dem zu schicken und der italienischen Regierung vorzulegen, eine solche Maßnahme in Wien vorzunehmen, bemerkte jedoch, daß jeder Versuch, nach in Wien eine ähnliche Erklärung seitens der russischen Regierung zu schicken, nicht einen größeren Eindruck würde als eine Warnung von Seiten des Verbindenden Italien.

Baron Schilling erwiderte dem Botschafter, daß im Gegenteil, eine solche russische Erklärung in Wien möglicherweise bald als ein Ultimatum ausgedeutet werden und die Lage verwickelnder würde, während eine rechtzeitige Erklärung seitens Stokholm und Deutschlands, d. h. der Verbindenden, vollständig für Österreich-Ungarn annehmbarer erscheinen würde.

17. Juli.

Audienz des österreichisch-ungarischen Botschafters vom Urlaub.

Der österreichisch-ungarische Botschafter Graf Szapary drückte dem Zaren aus, den Minister bald zu treffen. Es wurde ihm erwidert, daß G. Solonow für eine Tage aufs Land gehen wird, während eine rechtzeitige Erklärung seitens Stokholm und Deutschlands, d. h. der Verbindenden, vollständig für Österreich-Ungarn annehmbarer erscheinen würde.

18. Juli.

G. Solonow ist in die Stadt zurückgekehrt. Er wurde am Nachmittag von Baron v. Schilling abgeholt, der ihm sein Gespräch mit dem italienischen Botschafter und den Inhalt des gefestigten Wiener Telegramms von Szapary mitteilte. Der Minister war sehr befangen und blühte bei der Mitteilung des Inhalts der russischen Botschaft, Österreich über den künftigen Aufruf, hierauf bezügliche ausdrückliche Erklärungen gegenüber dem österreichisch-ungarischen Botschafter abzugeben.

Siehe darauf einfluss Solonow dem Grafen Szapary, der in den freundschaftlichen Ausdrücken versichert, Österreich möge nicht in geringen die jene Beziehungen zu Serbien verschärfen. Seine Versicherungen waren so positiv, daß sie den Minister vollaus zu beruhigen hatten, der freizuhalt diese Unterredung dem Baron v. Schilling gegenüber zu setzen, das es nicht notwendig gewesen sei, zu Drankungen zu treten, da der österreichisch-ungarische Botschafter ihn bei der Freundschaft seiner Regierung ausdrücklich genug versichert habe, — „Il n'est été deux comme un agneau.“

Vertrauliches Telegramm des Herrn Ministers an den Botschafter in Wien.

Petersburg, den 22. Juli 1914.
Nr. 1475.

Daß hier eingetroffenen Meldungen zeigen die österreichische Regierung im Besitze zu sein, in Belgrad verschiedene Anordnungen hinsichtlich der Ereignisse in Sarajevo auszusprechen, lassen Sie den Außenminister in freundschaftlicher, aber energischer Weise auf die gefährlichen Folgen einer solchen Aktion aufmerksam, nicht die Aktion einem nach der Wäre Serbiens unehrenbaren Charakter haben sollte. Was meine Anliegen beim österreichischen Außenminister sehr betont, daß es Frankreich mit größter Sorgfalt die österreichisch-serbischen Beziehungen sorgfältig und im Hinblick auf eine unbedingten Entscheidung Serbiens durch Österreich nicht nachlassen möchte. Dem französischen Botschafter in Wien wurde aufgetragen, den österreichischen Regierung Mitteilung

zu empfehlen. Daß unsere Nachrichten laßt man auch in Sarajevo die der österreichisch-ungarischen Regierung auszuforschen, aus dem festhalten Konflikt internationale Komplikationen zu schaffen. Die Regierung österreichischen mit ihrem Vertreter in Wien ebenfalls den Auftrag erteilt, in diesem Sinne Erklärungen abzugeben. Ich hat die Hoffnung nicht verlassen, daß in Wien niedrige Überlegung die erforderlichen Schritte belegen wird, und daß rechtzeitige Warnungen seitens der Großmacht Österreich vor nicht wieder gutzumachenden Maßnahmen zurückbleiben werden. Ich bitte Sie, vor der Unterredung mit dem Grafen Beschloß in dieser Angelegenheit, mit dem österreichischen Reichsrat in Belgrad in Verbindung zu treten, oder gleichgültig zu handeln, daß die Verbindung unermüdlich Fortsetzung der Frage, Ihre Bemerkungen werden gemeldet, noch gleichgültig vorgenommen werden dürfen.

G. Solonow.

23. Juli.

Während des Dinners um 9 Uhr abends sagte Graf Montecroce, Legationsoffizier der italienischen Botschaft, G. S. Zuegg, der in Vertretung des Fürsten Erzbischof die nächtliche Abteilung des Außenministeriums verwalte, laut leben in der italienischen Botschaft erhaltenen Meldungen wolle Österreich-Ungarn am 23. Juli eine vollkommen unannehmbar Ultimatum an Serbien richten, wobei es Maximierung, noch in der englischen oder französischen Botschaft, noch in der Telegraphen-Agentur bis zur Stunde ähnliche Nachrichten einlaufen. Wenden erlaube der österreichisch-ungarische Botschafter Graf Beschloß telephonisch, die Stunde einer Unterredung mit dem Minister für morgen frühgehen.

24. Juli.

Freizügig ist im Außenministerium ein Telegramm aus Belgrad eingelaufen, worin die gefestigte Mitteilung der italienischen Botschaft befindet wird, was das Telegramm dem Minister überreicht wurde, sagte er, „C'est la guerre européenne.“ Es wurde sofort der österreichische Botschafter bestellt, in dessen Erwartung Solonow persönlich seine Absicht mit dem österreichischen Ultimatum in Kenntnis setzt, G. S. tief aus, — „Das ist empörend,“ und befehlt, ihn auf dem laufenden zu halten.

Baron Schilling machte den Finanzminister V. S. Barz auf die Notwendigkeit, unsere Depots in Deutschland aufzuheben, nach dem Fall nach Russland zu bringen, aufmerksam.

Der französische Botschafter beantragte zwecks Informationsaustausch ein Gespräch, bei dem sich, nach G. S. D. Solonow, der englische und der rumänische Botschafter eingefunden hatten. Der Minister trat als Botschafter bringend, die rumänische Regierung sei über die Absicht, sofort einen gemeinsamen Aktionsplan auszusprechen, die österreichische Botschaft wurde auf den am nächsten den rumänischen Botschafter gerichtet, wodurch Rumänien zu der gemeinsamen Gänge herausgezogen werden. Es war für uns von größtem Interesse, wenn sich unsere Seite zu zeigen, für Rumänien selbst, nur es erfolgte Schmeichelei, als Gleichberechtigung an den diplomatischen Göttern der Großmacht teilzunehmen.

Um 3 Uhr nachmittags fand der Minister ein Rat, wobei nach dem Bericht Solonow über das österreichische Ultimatum folgende Beschlüsse faßte:

Es werden die Vorstöße des Außenministers aufgegeben: 1. Einemfall mit anderen Mächten, die Österreich-Ungarn zu erlauben, die Kritik des Ultimatum zu verlängern, am, gemäß dem Vorstoß der österreichischen Regierung selbst, den Mächten die Möglichkeit zu geben, die Ergebnisse der Untersuchung über die Ereignisse in Sarajevo kennenzulernen. 2. Geben zu empfehlen, den Kampf mit der österreichisch-ungarischen Armee zu vermeiden, sondern, sondern zu versuchen, durch diplomatische Verhandlungen den Charakter einer Kriegserklärung zu verhindern. 3. Gleichzeitigkeit befehl des Ministers im Prinzip die Mobilisation von vier Millionen Mann (Obrska, Kiev, Moskau, Kasan) und der beiden Flotten (Baltikum und Schwarzes Meer), ebenso wie einige andere militärische Maßnahmen, die notwendig erscheinen könnten. Dabei wurde die ausdrückliche Versicherung erteilt, daß die verschiedenen militärischen Bewegungen des Charakters einer Kriegserklärung zu einem eventuellen Zusammenstoß mit Österreich-Ungarn tragen sollen und nicht als eine Drohhandlung feindselige Aktion ausgedeutet werden könnten.

Solonow empfahl dem österreichischen Botschafter größte Mühsigkeit in der Beantwortung des österreichischen Ultimatum.

Abends erschien der deutsche Botschafter beim Außenminister. Er versuchte, die Sachlage dem Österreichischen Reichsrat mitzuteilen und betonte die Unterredung, nachdem die Schuld der serbischen Regierung aufgeklärt wurde. Außerdem versuchte er, die Absicht der österreichischen Aktion mit dem

Hinweis auf die Notwendigkeit, „das monarchische Prinzip“ zu klären, zu betonen. Solonow schickte im Gespräch mit dem Grafen Montecroce eine rechtliche Erklärung und teilte in der Folgezeit die Kritik des russischen Ministers. Er wies auf die Unannehmbarkeit des Ultimatum für Serbien hin, ebenso auf die Rücksicht gegenüber den Großmächten, die darin zum Ausdruck kam, daß die kurze Befristung des Ultimatum durch Österreich eine Unmöglichkeit einer Beilegung der Grenzkonflikte durch Verhandlung durch die Großmächte darstellte.

Graf Montecroce teilte Solonow in reichlicher Aufregung, er möchte wenig sich daraus, daß die Worte Solonow über den festen Willen Russlands, Serbien zur Seite zu stehen, auf ihn einen tiefen Eindruck gemacht hätten. Der französische Botschafter, der unterdessen auf den Empfang bei Solonow in einem Zimmer wartete, wo er dem deutschen Botschafter nicht begangen wurde, sprach in der Unterredung mit Baron von Schilling die Meinung aus, daß die Lage durchaus nicht hoffnunglos sei. Einen Optimismus fühlte er auf die Seite, daß die Befristung des Ultimatum ausreichte, um die Verhandlung zu unterbreiten, da es sich der unermüdlichen Fleiß bewußt sei, „Jamais nous n'avons été en meilleure posture,“ — sagte er, — „car nous sommes parfaitement d'accord entre nous et ce n'est point là une appréciation d'ambassadeur, mais nous nous avons peut-être donné une réponse de très grande importance, un 'fait accompli'.“ (Niemals sind wir in unserer Lage günstiger gewesen, da unter uns große Einheit herrscht, und dies ist nicht die bloße Meinung eines Botschafters, sondern wir besitzen vier außerordentlich bedeutende Dokumente aus jünger Zeit, die das bezeugen.) Die Frage des Baron von Schilling, warum die Befristung, er hätte für solche Dokumente eine Rede, die G. S. und der Präsident der französischen Republik in Petersburg und an Wort des Botschafters „France“ ausgesprochen hatten.

Darauf wurde der französische Botschafter vom Minister empfangen und von dessen Unterredungen mit dem Deutschen und dem britischen Botschafter ebenfalls mit dem Befehlissen des Ministers in Kenntnis gesetzt.

Vertrauliches Telegramm an den Geschäftsträger in Belgrad.

24. Juli 1914.

Nr. 1487.

Dringend, Persönlich, Bitte eigenhändig zu entsenden.

Wenn die hilflose Lage Serbiens tatsächlich jeden Zweifel über den Ausgang eines eventuellen Zusammenstoßes mit Österreich erregt, wäre es angebracht, wenn die Serben, im Falle eines österreichischen Überfalls, überhaupt keinen Versuch machten, irgendeinen Widerstand zu leisten, sondern sich zurückziehen, dem Feinde die Möglichkeit geben, kampflös das Territorium zu besetzen und die Ordnung wiederherzustellen. Die Serben, im letzteren Falle müßten sie, auf ihre Schwere Lage nach dem Balkantrief hinweisend, wo sie zufolge ihrer Wählung den Dank Europas verdient hätten, sich auf die Unmöglichkeit berufen, den ungleichen Kampf aufzunehmen und, an die Gerechtigkeit appellierend, um den Schatz der Großmacht bitten.

Telegramm nach Wien, Berlin, Paris, London, Rom, Bukarest, Belgrad und Konstantinopel.

Nr. 1488.

Der Originaltext des Telegramms folgt nicht vor. Ein Auszug des Außenministeriums ist lediglich die kurze Inhaltsangabe des Telegramms wiedergegeben.

Österreich-Ungarn legte erst nach zwölf Stunden die Großmacht vor der Unterredung des Ultimatum, wobei Österreich, das Serbien, ein halbes Jahr, nach Österreich die Kritik des Ultimatum verlängert. Wenn Österreich es den Mächten ermöglicht, die Ergebnisse der Untersuchung kennen zu lernen, könnten die letzteren Serbien verschiedene Vorstöße gegen Serbien zu treffen.

Der deutschen, französischen, englischen, italienischen und rumänischen Regierung ist vorzulegen, unsere Aktion zu unterstützen.

G. Solonow.

25. Juli.

Der Minister kam um 9 Uhr früh nur für kurze Zeit ins Ministerium, um sofort nach dem Reichsrat zu gehen, um unter dem 23. Juli eine Besetzung der österreichischen Botschaften in Wien, Paris, London, Rom, Bukarest, Belgrad und Konstantinopel zu beschließen. Die Beschlüsse des Ministerkabinetts wurden aufgegeben; es wurde beschlossen, die Beschlüsse der Mobilisation nicht zu widerrufen, jedoch alle Vorbereitungsmaßnahmen für ihre sofortige Durchführung im Voraus zu treffen.

Im Laufe des Tages kamen Telegramme aus London und Paris, worin mitgeteilt wird, daß die dortigen österreichisch-ungarischen Botschafter den Unterredung während eines Ultimatum und einer Note a terme betonen. Die Note vom 23. Juli ist die letzte zu berücksichtigen. Sie hat darauf hingewiesen, nachdem jene Diplomaten zu beschließen, daß zwar im Falle einer ungenügenden serbischen Antwort die militärische Aktion nicht unbedingt sofort einleiten wurde. Unter dem Eindruck dieser Meldungen ist bei den wichtigsten ausländischen Diplomaten, um allen bei dem österreichischen Botschafter und dem rumänischen Botschafter, eine relativ optimistische Beurteilung der Ereignisse und Hoffnung auf eine günstige Lösung der Krise zu betonen.

Gen. A. E. G. - Abschluss für 1923/23.

Vorbereitung der Goldbilanzierung.

Der Geschäftsführer der A. E. G. für das Jahr 1923/23 enthält wegen der Verlegung des Beginns des Geschäftsjahrs...

Table with financial data in millions of marks, including items like Effekten, Forderungen, and liabilities.

In Anbetracht daran seien folgende Ziffern des Gewinn- u. Verlust-Kontos gegeben...

Table with financial data in millions of marks, including items like Umsatzerlöse, Abschreibungen, and taxes.

Eine Dividende kommt nicht zur Verteilung; der Gewinnvertrag aus dem Hauptgeschäftsjahr ist, wie aus neueren Ziffern ersichtlich...

Inzwischen hat sich in unserem Geldwesen alles grundlegend geändert; die Goldmark ist durch die neue Wirtschaft zur soliden Goldmarkrechnung übergegangen...

Die neuen Bilanzen der A. E. G. tragen den Stempel dieser Vorsehung der Verwaltung an der Stirn. Sie sind überall da, wo es möglich war, schon den Gehalt je Unterhalt reduziert...

Die starke Zunahme der Effektenbestände der A.E.G. erklärt sich zunächst zu einem Teil daraus, daß die Aktien der Felten u. Guilleaume Carlswerk A.G., (nom. 1000 Mark) im Dezember 1923 mit 8500 Mark...

Unter dem Aktienkapital der A. E. G. befinden sich in der Bilanz per Ende September 50 Millionen M. Vorzugesaktien (davon die Hälfte 100 M.); außerdem hat die A. E. G. eine Obligationen-Bilanz mit 297 Mill. die sich auf 29,10 Mill. Proz. und 17,55 Mill. Proz. verteilt.

Bestanden nicht über die Einstellung dieser beiden Kategorien die Goldbilanz. Die Goldbilanz ist diejenige, die bisher Unklarheiten, so wäre die A. E. G. bereits jetzt in der Lage, eine Goldbilanz aufzustellen...

In Ergänzung des Vorsehens seien dem Geschäftsführer der A. E. G. die wichtigsten, namhaft gemachten Geschäftsentwicklungen in der Berichtperiode entnommen.

Der Fall der dänischen Krone.

Die Danzig- und elektrischen Lokomotiven weiter gefertigt. Nuno Kinnings war in einflussreicher Stellung in der Danziger Fabrik...

Der Teilweise - Gesellschaft für drahtlose Telegraphie m. B. H. ist in der Ausführung ein neues Arbeitsprogramm entstanden. Die Quarzlampe - Gesellschaft m. B. H. kann auf gute Erfolge zurückblicken...

Die Rückübertragung der englischen Reparationsverpflichtungen. Die englische Reparationskommission hat die Vertreter der Danziger Bank in London...

Die Rückübertragung der englischen Reparationsverpflichtungen. Die englische Reparationskommission hat die Vertreter der Danziger Bank in London...

Die Rückübertragung der englischen Reparationsverpflichtungen. Die englische Reparationskommission hat die Vertreter der Danziger Bank in London...

Amerikanischer Fundkniff.

New York, 4. Februar. (W. T. B.) Tagelohn Geld 4 1/2 pct. (Voriges) nom. - Wechsel in London (Cable Transfer) 4,939 (Voriges) 4,939...

Table with market data for various commodities like Wheat, Corn, and Cotton, including prices and trends.

Verzicht auf weitere Stabilisierungsversuche.

Auch in unserem nördlichen Nachbarstaat Dänemark sieht die Valutalage im Vordergrund der wirtschaftlichen Bedenken. Wie in Frankreich auch hier durch die Frage im vergangenen Jahre auf engste mit einer Bankkrise verbunden...

Als Ursache dieses Valutasturzes wird von nahezu allen Seiten die ungunstige Handelsbilanz hingewiesen und deswegen als Gegenmaßnahme handelspolitische Vorgehensplan...

Anteilige Notierungen ausländischer Geldwerts in Banknoten an der Berliner Börse vom 4. Februar.

Table with exchange rates for various countries including London, Amsterdam, Paris, and others, listing banknotes and gold values.

Verkaufung der Aktien... Die Bilanzgewinne... Was sind unsere Bräueren wert?

37200 Mill. M. Som... Amerik. als Rohstoff... Die Welt... Die Welt...

Gotthard v. Wallenberg... Die Devien-Tabellen 1941/23... Die Devien-Tabellen 1941/23...

Table with columns: Fortlaufende amtliche Notierungen, Werts, Dividenden, etc.

Ämtliche Kurse der Berliner Börse vom 4. Februar 1924

Main table of stock prices categorized by industry: Kleinbahn-Aktien, Industriek-Aktien, Schiffahrts-Aktien, Bank-Aktien, Amundsen-Aktien, etc.

Die Devien-Tabellen 1941/23... Die Devien-Tabellen 1941/23...

Table of exchange rates and other financial data: Wechselkurse, Gold, Silber, etc.

